

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur ersten Auflage	VII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XIX
Allgemeine Hinweise	XXI

I. Allgemeiner Teil	1
A. Zeichen	1
B. Prozessrecht	4
1. Verschränkung mit Organisations- und Standesrecht	4
2. Bewirkende und Erwirkende	5
a) Führung, Durchführung, Bewilligung und gerichtliche Beweisaufnahme	5
b) Beteiligung und Ermächtigung zur Strafverfolgung	6
c) Opfer als speziell „am Strafverfahren“ Beteiligte und „gegnerische Beteiligte“	8
d) Verteidigung und Vertretung	9
3. Gesetzesbindung (Art 18 Abs 1, Art 89 Abs 1 und 2 B-VG), gesetzlicher Richter (Art 83 Abs 2 B-VG; Art 267 Abs 2 und 3 AEUV; Art 6 Abs 1 EMRK)	13
a) Ermessen im Gesetzesvollzug	13
b) Ermessen bei „Aufklärung von Straftaten“	15
c) Zweifelsgrundsatz	16
d) Analogieverbot im Strafprozessrecht	18
e) Effizienzprinzip	18
f) Stufenbau	19
4. „Anzeige“ („Anregung“), „Ermächtigung“ und „Verlangen“ („Antrag“, „Begehren“)	21
5. Befugnis, Anordnung, Vorlage und Befassung durch die Staatsanwaltschaft	23
6. Nicht rechtswirksame Anordnungen und Aufträge	25
7. „Führung“ und „Durchführung“	26
a) „Führung“	26
b) Ermittlungsverfahren gegen „die verdächtige Person“ und „diese Person als Beschuldigten“	29
c) „Bewilligung“ (Durchführung „kraft eines [...] richterlichen Befehles“) und Beschlagnahme	30
d) „Gerichtliche Beweisaufnahme“	31
e) „Aufgabe“ der Staatsanwaltschaft, „ihre Anträge“ auf Bewilligung und gerichtliche Beweisaufnahme „zu begründen“ (§ 101 Abs 3 erster Satz) ..	32
f) „Durchführung“ durch Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft	33
g) Abwehrrechte	34
8. Sachliche, örtliche und funktionelle Zuständigkeit sowie Besetzung	35
9. „Rechtsschutzbeauftragter“ und „[s]eine Stellvertreter“	37
10. Hilfeleistung	40
a) Persönlichkeitsschutz, Amtshilfe (§ 76 Abs 4), ARHG und EU-JZG	40
b) Vorlage von „Akten und Unterlagen“ an Untersuchungsausschüsse (Art 53 B-VG)	42
c) Kriminal- und Sicherheitspolizei	43

11. Vollzug und Kosten	45
12. „Verfolgung verdächtiger Personen“	47
13. „Fahndung“	49
14. Fortsetzung, Fortführung und Wiederaufnahme des Strafverfahrens	50
a) Abbrechung, Rücktritt und „Fortsetzung“	50
b) Einstellung bei Vorprüfung der Anklage (§ 215 Abs 1, § 451 Abs 2, § 485 Abs 1 Z 3), „Wiederaufnahme“ und „Fortführung“	50
c) „Fortführung“ ohne und auf Antrag	51
15. „Ermittlung“, „Ermittlungen“, „Ermittlungshandlungen“, „Ermittlungsmaßnahmen“, „Erkundigung“, „Beweisaufnahme“, „Augenschein“ und „Sachverständige“	53
a) Darstellung	53
b) Begriffsinhalte	55
16. „Aufnahme von Beweisen“, „Ermittlungen“ und „Beweisaufnahme“	58
a) „Aufnahme von Beweisen“ (§ 55, §§ 245–254, § 295, §§ 471 (§ 295), 473 Abs 1 und 2 [§ 489 Abs 1 zweiter Satz])	58
b) „Ermittlungen“ und „Beweisaufnahme“ nach dem 8. und 9. HptSt, in Hauptverhandlung und Gerichtstag	59
17. „Einholung tatsächlicher Aufklärungen“ und eigene Sachverhaltsklärung durch Rechtsmittelgerichte zu Formverletzungen, Verfahrensmängeln und Verfolgungshindernissen sowie Diversion	62
a) Aufklärungsverlangen und eigene Sachverhaltsklärung	62
b) Sachverhaltsannahmen der Rechtsmittelgerichte	64
18. Besonderes Verfahren zur Ausforschung „Beschuldigter“	65
C. Rechtseingriff durch und im Ermittlungsverfahren	65
1. Rechtseingriff durch Verfahren und im Verfahren	65
2. Dokumentation	71
3. „Verschluss“	74
4. „Erkundigung“ zur „Vorbereitung einer Beweisaufnahme“ und als „Beweis“ ..	76
D. Freiwilligkeit und „Zwangsmaßnahmen“	77
1. Unmittelbarer und mittelbarer Zwang	77
2. „Zwangsmaßnahmen“ und „Zwangsmittel“	78
3. „Ermittlungshandlungen“ (§ 91 Abs 2 erster und zweiter Satz), „Ermittlungsmaßnahmen und Beweisaufnahme“ (8. HptSt) und gerichtliche Beweisaufnahme im öffentlichen Interesse (§ 101 Abs 2 zweiter Satz)	80
4. Anordnung von „Zwangsmitteln“ des 8. HptSt und von „Fahndung“ (9. HptSt) durch das Gericht	82
5. Zwang bei „Beweisaufnahme“	84
6. Beteiligung an und „Hilfeleistung“ (Art 22 B-VG) bei „Ermittlungsmaßnahmen“	86
7. „Anhaltung“ Beschuldigter (§ 48 Abs 2) zur Vorführung, „Zwangsmittel“ nach dem 9. HptSt, Freilassung, Aufhebung und Entlassung	87
8. Anhaltung zur Vorführung sowie durch Festnahme und Untersuchungshaft	89
9. Beugemittel (§ 93 Abs 4), Kostenersatz und Ordnungsstrafen nach § 221 Abs 1 zweiter Satz, § 242 und Beschwerde nach § 243	90
E. Sachverständige und Augenschein	92
1. Sachverständige	92
2. „Augenschein“ und „Tatrekonstruktion“	93
F. „Bezeichnung“ (Zulässigkeit, funktionelle Zuständigkeit; Art 83 Abs 2 B-VG) und „Begründung“ von Anbringen und in Entscheidungen	94
1. Antrag, Rechtsmittel und Rechtsbehelf	94
2. Bezeichnung und Begründung von Rechtsbehelfen	96
3. Anträge und Verlangen nach § 106 Abs 5, § 126 Abs 5, § 147 Abs 3a	99

4. Beweiswürdigungsermessen und Willkür	100
5. Entscheidungsregeln	101
6. Rechtsmittelverzicht ohne Verteidiger	103
7. Vorgehen „von Amts wegen“ aufgrund funktioneller Zuständigkeit	104
a) Ermächtigung und Verpflichtung	104
b) beneficium cohaesionis	104
c) Prüfung von Feststellungen zu entscheidenden Tatsachen	105
d) Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes und „Wiederaufnahme auf besonderen Antrag des Generalprokurators“	106
8. Nach Einbringen der Anklage für Fortführung des Strafverfahrens „erforderliche Anträge“	106
G. Sachverhaltsklärung und Sachverhaltsannahmen	108
1. Sachverhaltsannahmen bei Entscheidungen von Staatsanwaltschaft oder Gericht	108
2. Sachverhaltsklärung durch Gerichte	110
3. Anzeigepflicht und Notkompetenz des Gerichts	112
4. Bei gerichtlicher Beweisaufnahme beigebrachte „Tatsachen oder Beweismittel“	113
5. Klärungsermächtigung für Gerichte	114
a) „Aufklärung von Straftaten“ vor Anordnung der Hauptverhandlung	114
b) „Verfolgung verdächtiger Personen“	114
H. „Das Ermittlungsverfahren“ („Vorverfahren“)	115
1. Rechtsschutz „im Ermittlungsverfahren“	115
2. „[B]ehördeninterne[...] Informationsquellen“ und „Akteneinsicht“	116
3. „Ermittlungsmaßnahmen und Beweisaufnahme“	118
4. Umgehungsverbote	119
a) Berufsgeheimnisse und Wahlgeheimnis	119
b) Beichtgeheimnis, verdunkelnde Beteuerung zu Berufsgeheimnissen und blanker Unsinn (§ 144)	122
c) Umgehungsverbot bei Beichtigern und Berufsgeheimnisträgern	123
5. Eilkompetenz und Genehmigung	124
6. Beweisverwendung bei versagter Genehmigung oder Beschwerdeerfolg	126
7. Sachverständige und Dolmetscher	128
I. Gerichtliche Beweisaufnahme (§ 104)	129
1. Befassung	129
2. Rechtsschutz	131
a) Beweisthema	131
b) Fragerecht	132
c) Beschlüsse und sonstige Verfügungen	133
J. Entscheidungen	135
1. Verfügungen von Staatsanwaltschaft und Gericht	135
2. Geschäftsgang bei Erledigung „mit Beschluss“	136
3. Wirksamkeit, Bindung und Bekanntmachung	138
4. Verfahrensleitung	141
a) Allgemein	141
b) Haupt- und Rechtsmittelverfahren	142
5. Sitzungspolizei, „Ausschluss des Verteidigers“ und Nichtzulassung sonstiger Vertreter	142
a) Gegenstand von Sitzungspolizei	142
b) Funktionelle Zuständigkeit für Sitzungspolizei	143
c) Remedien gegen Maßnahmen der Sitzungspolizei	143
d) „Ausschluss des Verteidigers“, Nichtzulassung sonstiger Vertreter und Wortentzug	145
6. Disziplargewalt einer Standesbehörde	147

K. Rechtsbehelfe	147
1. „Geteilter“ (Individual-)Rechtsschutz	147
2. Rechtsschutz durch den OGH auf „Anregung“ des Rechtsschutz- beauftragten (§ 23 Abs 1a)	149
3. Rechtsbehelfe gegenüber Organen der ordentlichen Gerichtsbarkeit	151
a) Vor und seit 2008	151
b) Überblick	153
c) Befassung durch Einbringungsstelle	154
d) Rechtsbehelfe mit Bezug auf Ermittlungsverfahren	155
e) Prüfungskalkül bei Einspruch (§ 106) und Beschwerde (§ 87)	157
f) Legitimation und Beschwer	161
g) Gegenstandslos gewordene Rechtsbehelfe	164
h) Einbringen und Fristwahrung	165
i) Rechtsmittelausschluss	167
L. Einspruch wegen Rechtsverletzung	168
1. Rechte „nach diesem Gesetz“	168
2. Bezeichnung des Prozessgegenstands	170
3. Begehren	172
4. Unzulässigkeit von Beschwerden (§ 107 Abs 3 zweiter Satz)	174
5. „Überzeugung“	174
6. Vorentscheidung durch die Staatsanwaltschaft	176
7. Entscheidung „in der Sache“	177
M. Beschwerde	179
1. Übergreifende Gesichtspunkte	179
2. Gerichtliche Beweisaufnahme	180
3. „Beschluss“ (§ 87 Abs 1) und sonstige Verfügung oder Verzögerung (§ 87 Abs 2)	181
4. Sonderfall von „Ausforschung des Beschuldigten“ nach § 71	186
5. Aufschiebende Wirkung	186
6. Bezeichnung und Begründung	187
7. Stellungnahme der „zuständigen Staatsanwaltschaft“ (§ 89 Abs 1) und Beschwerdegegner	188
8. „Verfahrensergänzung“ (§ 89 Abs 2a und Abs 5 erster Satz)	189
9. Keine Bindung an „Beschwerdepunkte“ und Änderung von Beschlüssen, „gegen die nicht Beschwerde erhoben wurde“	191
10. Entscheidung „in der Sache“	192
N. Beweisaufnahme nach Einbringen der Anklage	193
1. Entscheidung ohne „Verhandlung“ (Art 90 B-VG)	193
a) Fehlen von Befugnis zur Sachverhaltsklärung	193
b) Prozessuale Tatsachen	194
c) Diversion, Verfolgungshindernisse, Straffestsetzung „durch schriftliche Strafverfügung“; Entfall eines Zwischenverfahrens	195
2. Hauptverhandlung und „Sanierung von Verfahrensmängeln“	196
3. Hauptverhandlung und „Gerichtstag zur öffentlichen Verhandlung“	198
4. In Urteilen mit „Aufklärung von Straftaten [...] zusammenhängende Entscheidungen“	203
a) Sanktionen und privatrechtliche Ansprüche	203
b) Prozessuale Umstände nach § 468 Abs 1 Z 2, § 281 Abs 1 Z 6–8 (§ 468 Abs 1 Z 4 [§ 489 Abs 1 zweiter Satz])	206
c) Kosten, bedingte Nachsicht und Widerruf	206
5. Einheitlichkeit von Hauptverhandlung und Berufungsverhandlung über Sanktionsanknüpfungspunkt	207

O. Bekämpfung nach Anordnung der Hauptverhandlung getroffener Entscheidungen	208
1. „Beschlüsse“ nach Anordnung der Hauptverhandlung	208
a) Beteiligte und Dritte	208
b) Zwang gegen Angeklagte, Zeugen und Sachverständige	210
2. Mangel und Überschreitung von Entscheidungsbefugnis	210
3. Entscheidung „in der Sache selbst“	211
a) Nachprüfung auf Rechtsverletzung (Nichtigkeitsgründe) oder „in der Sache selbst“ (iudicium novum)	211
b) Berufung wegen vorliegender Nichtigkeitsgründe und des Ausspruches über die Schuld	213
c) Entscheidung aufgrund bejahter Rechtsverletzung	215
d) Berufung wegen des Ausspruchs über Sanktionen und Ansprüche von Privatbeteiligten	217
4. Tatumstände im Rechtsmittelverfahren gegen Urteile	218
a) „Aufklärung von Straftaten“	218
b) Mit „Aufklärung von Straftaten [...] zusammenhängende Entscheidungen“	219
c) Formverletzungen und Verfahrensmängel	217
5. Unzulässigkeit weiterer Rechtsmittel	220
6. Geschäftsgang für OGH und Berufungsgerichte	221
P. Grundrechtsschutz durch „Oberste Instanz“ (Art 92 Abs 1 B-VG)	223
1. Historisches Konzept	223
2. Erweiterung auf unmittelbarer Befassung nach § 363a	224
a) Methode	224
b) Vorrang ausdrücklicher Vorschriften	226
c) Kein Vorrang von Nichtigkeitsbeschwerde bei Grundrechten Dritter und mangelnder Effektivität	227
d) Subsidiarität zum GRBG	228
3. Bezeichnung	229
a) Grundrechtsbeschwerde	229
b) Erneuerungsantrag	230
4. Verfahren nach Stattgebung (§ 7 Abs 2 GRBG, § 363b Abs 3 erster Satz)	232
5. Erneuerung ohne erneuertes Verfahren	233
6. „Erhebliche Bedenken“ des OGH an Feststellungen für einen Schuldspruch	233
Q. Wiedereinsetzung und Wiederaufnahme	235
1. Wiedereinsetzung	235
2. Wiederaufnahme	235
3. Neue Tatumstände	236
R. Sanktionsanknüpfungspunkt, Prozessgegenstand und objektiv individuelle Maßstäbe	237
II. Besonderer Teil	241
A. Führung von Ermittlungsverfahren und Ermittlungsakt	241
1. Einleitung	241
2. Verfahrensführung, Verfahrensleitung und Durchführung	242
3. Dienstaufsicht, Bindung und Rechtsschutz	243
a) Dienstaufsicht	243
b) Anordnungen durch Gericht und Staatsanwaltschaft	244
4. Gesetz- und Verhältnismäßigkeit	246
a) Grundrechtliche Vorgaben	246
b) Anzeigen, Erklärungen, Anträge und Rechtsbehelfe	247

5. Zweck des Ermittlungsverfahrens	248
a) Erhebliche Tatsachen	248
b) Beweisverbote	250
6. Berichte, Behelfe und Unterlagen	251
7. „Umfassende Dokumentation“ zur Sicherstellung von Akteneinsicht nach § 51	252
a) Erhebliche Tatsachen und schutzwürdige Interessen	252
b) Erkundungsbeweisführung und unnötiger Akteninhalt	254
c) Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft „vorliegende Ergebnisse“	255
d) Effektiver Rechtsschutz	256
8. Fazit	257
B. Vom Übergang in ein Ermittlungs- und Hauptverfahren	259
1. Vom Verdächtigen zum Beschuldigten	259
2. Staatsanwaltschaft und Gerichtskontrolle	260
3. Rechtsschutz gegenüber Klärung, ob ein Anfangsverdacht vorliegt und Anlassberichte nach § 100 Abs 2 Z 2 und Abs 3a	261
4. Ermittlungen gegen Berufsheimnisträger ohne „dringenden Tatverdacht“	265
5. Verurteilungswahrscheinlichkeit	266
a) Sachverhaltsklärung und Tatverdacht	266
b) „Dringlichkeit und Gewicht des Tatverdachts“ in der Gerichtskontrolle ...	267
c) Darstellungsmängel der Anklageschrift	269
d) Zurückweisung der Anklageschrift (§ 212 Z 3) verlangt „Tenorierung“ ..	271
e) Anklage im Verfahren vor Einzelrichtern	272
f) Recht und Pflicht der Staatsanwaltschaft zur Anklage	273
6. Fazit	274
C. Anklagegrundsatz und Rechtsschutz gegen Ermittlungsverfahren sowie deren „unnötige Verzögerung“	275
1. Von Vorerhebungen und Voruntersuchung zu Klärung, ob ein Anfangsverdacht vorliegt und Ermittlungsverfahren	275
2. Anklagegrundsatz (Art 90 Abs 2 B-VG) Beschleunigungsgebot (Art 6 Abs 1 EMRK) und Gesetzlichkeitsprinzip (Art 18 Abs 1 B-VG)	276
3. Privatankläger (§ 71)	277
4. Rechtsschutzsystem vor Einbringen der Anklage	278
5. Antrag auf Einstellung und auf Verlängerung der Höchstdauer oder „Feststellung [...] unnötige[r] Verzögerung“	280
a) Keine Begründungsobliegenheit	280
b) Prozessgegenstand	281
c) Erhebliche Tatsachen und Beweismittel (bestimmte Tatsachen)	282
d) Würdigung der Ermittlungsergebnisse und Sachverhaltsannahmen zu „Dringlichkeit und Gewicht des Tatverdachts“	283
e) Hinreichend geklärt Sachverhalt und hinreichende Gründe	284
f) Verfolgungshindernisse	285
g) Fristen	287
h) Einstellung und Fortsetzung des Ermittlungsverfahrens	289
i) „Durchführung“ des Ermittlungsverfahrens „ohne unnötige Verzögerung“	291
j) Angemessenheit	293
k) Bindung	293
6. Fazit	294
D. Fortführungsanträge und deren Erledigung	294
1. Bezugspunkt der Fortführung	294
2. Fortführung auf Antrag	296

a)	Fortführungsgründe und deren Bezugspunkte	296
b)	Abgrenzung gegenüber anderen Rechtsbehelfen	298
aa)	Grundrechtsbeschwerde und Bekämpfung eines Unzuständigkeitsurteils	298
bb)	Antrag auf Einstellung und Fortführung sowie Anklageeinspruch ...	298
cc)	Ermittlungen	299
c)	„Aktenlage“ und Aufklärung behaupteter „Rechtsverletzungen oder Verfahrensmängel“	299
d)	Bezeichnung von Fortführungsgründen und deren Ergänzung	302
3.	Entscheidung über Fortführungsanträge	303
a)	Strittiges zum Verfahren	303
b)	Neuerungen statt rechtzeitiger Anträge	304
c)	Gesetzlicher Richter	306
d)	Entscheidungsform und Pauschalkosten	307
e)	Stattegebung und Bindung	308
4.	Fazit	310
E.	Zum Rechtsschutz in Betreff des 11. HptSt der StPO	310
1.	Einleitung	310
2.	Anträge nach § 208 Abs 2 und § 209 Abs 3	311
3.	Vorschlag, Fortsetzung des Strafverfahrens und Bereinigung gescheiterter Diversion	313
4.	Wechselwirkungen beim Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Gericht	314
5.	Geltendmachung subjektiver Rechte in Hauptverhandlung und Rechtsmitteln	315
6.	Feststellung und Ermittlung aus § 281 Abs 1 Z 10a entscheidender Tatsachen	318
a)	Nichtigkeitsbeschwerde	318
b)	Berufung wegen des Ausspruchs über die Schuld	319
7.	Besonderheiten bei Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft	320
8.	§ 281 Abs 1 Z 10a bei Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft	321
a)	§ 209a	321
b)	§ 209b	325
9.	Fazit	326
F.	Initiative, Bestellung und Führung beim Sachverständigenbeweis der StPO	327
1.	Einleitung	327
2.	Beweisthema, Beweismittel (Sachverständige) und Person des Sachverständigen	327
3.	Aufnahme des Sachverständigenbeweises durch das Gericht	328
4.	Bestellung bei Aufnahme des Sachverständigenbeweises durch die Staatsanwaltschaft	330
5.	Die Frist des § 126 Abs 5 erster Satz	332
6.	Rechtliche Einordnung von Erklärungen des Beschuldigten nach § 126	334
7.	Sachverständigenbeweisaufnahme durch die Staatsanwaltschaft	335
8.	Einhaltung von § 126 Abs 5 vermeidet strukturelle Befangenheit	337
9.	Verfahrensrüge gegen Sachverständigenbeiziehung in der Hauptverhandlung	338
10.	Mehrere Beschuldigte (§ 48 Abs 2)	341
11.	§ 222 Abs 3, Privatgutachter und besonderes Fachwissen der Strafverfolgungsbehörden	342
12.	Fazit	343
G.	Beweiswürdigung im Ermittlungsakt und Sicherstellung ohne Kriminalpolizei und durch Sachverständige	343
1.	Staatsanwälte als Justiz	343

2. Trennungsgrundsatz und Unabhängigkeit	346
3. Inhalt von Anordnungen, Anträgen, Stellungnahmen und Gerichts- entscheidungen	347
4. Akteneinsicht durch Beteiligte nach § 45 idF vor BGBl I 2004/19 und § 51	349
5. Einsatz von „Zwangsmitteln“ durch die Staatsanwaltschaft	350
a) „Sicherstellung“	350
b) Rechtsbehelfe	351
c) „Auswertung“	352
d) Auswertung durch Sachverständige im Rahmen gerichtlicher Beweisaufnahme	354
e) „Durchführung“ von „Zwangsmitteln“ im Allgemeinen	355
f) Suche nach Hinweisen „auf die Begehung einer anderen [...] Straftat“	356
6. Fazit	359
H. Ermittlungen nach der StPO für Untersuchungsausschüsse	360
1. Einleitung	360
2. „Akten und Unterlagen“ nach § 27 Abs 2 VO-UA	361
3. Rechtsschutzkompetenz gegen „Übermittlung personenbezogener Daten“	363
4. Vernichtung, Ausfolgung und sonstige Herstellung des rechtmäßigen Zustands (§ 107 Abs 4)	364
a) Allgemeines	364
b) Vernichtung und Ausfolgung	366
c) Beichtgeheimnis, Folter und Tatprovokation	369
5. Befassung des OGH	370
6. „Beweiserhebungen“ nach § 24 Abs 1 zweiter Satz VO-UA	371
7. Fazit	372
I. „Auswertung [...] einer Information“ im Ermittlungs-, Haupt- und Rechtsmittelverfahren – „Ergebnisse“ als „Beweismittel“	373
1. Abgrenzungen	373
2. Rechtsschutz im Ermittlungsverfahren	376
3. Beweiserhebung und -verwertung	378
4. Die „gesamten Ergebnisse“ und die „vorliegenden Ergebnisse“	380
5. „Beendigung der Ermittlungsmaßnahme“	382
6. Förmliche und formfreie „Auswertung“	383
a) Allgemeines	383
b) § 103 Abs 2 erster Fall	384
c) Kriminalpolizei als Adressat von Anordnungen (§ 18 Abs 2, § 20a Abs 2)	386
d) „Amts- und Rechtshilfe, Akteneinsicht“ (2. Abschn des 5. HptSt)	386
e) Auf „Auswertung“ bezogene Ansprüche	387
f) § 138 Abs 4, § 139 und § 96 Abs 3–5 als „bindende[...] Regelung“ für „Durchführung“	388
g) „Auswertung“ bei anderen Zwangsmitteln und bei der „Aufnahme von Beweisen“	390
7. Fazit	391
J. „Einleitung eines Ermittlungsverfahrens“ im Kooperationsmodell (§ 98 Abs 1)	392
1. Einleitung	392
2. „Organe“ und „das oberste Organ der ordentlichen Gerichtsbarkeit“ (Art 90a, 92 Abs 1 B-VG, §§ 1, 2 Abs 1 StAG, § 1 Abs 1 OGHG)	392
a) Entscheidungen	392
b) Sogenannte Segelanweisung und andere obiter dicta	394

3. „Einleitung des Ermittlungsverfahrens“ aufgrund von „Anfangsverdacht“	394
a) Kooperation von Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft „im Ermittlungsverfahren“	394
aa) Außerhalb von „Strafverfahren“	394
bb) In „Strafverfahren“	395
b) „Vorerhebungen“ oder „Voruntersuchung“ und „Ermittlungsverfahren“ zur „Klärung, ob ein Anfangsverdacht [...] vorliegt“ oder „zur Aufklärung eines Anfangsverdachts“	396
c) „Nachforschung“ durch Sicherheitsbehörden und „Anzeige“, „Ruf“ oder „Bericht“ an die Staatsanwaltschaft	398
aa) Sachverhaltsklärung und Tatverdacht	398
bb) Anzeigen und Berichte	399
cc) „Klärung, ob ein Anfangsverdacht [...] vorliegt“	400
4. Bei Staatsanwaltschaften „anhängige“ Ermittlungsverfahren	402
a) „Einleitung des Ermittlungsverfahrens“ (§ 35c StAG)	402
b) „[B]ei der Staatsanwaltschaft [...] geführt[e]“ Finanzstrafverfahren	403
c) Schutzzweck von Anfangsverdachtsprüfung durch die Staatsanwaltschaft	404
d) Leitung, Führung und Durchführung von „Ermittlung“	407
aa) „Aufklärung von Straftaten“ (§ 1 Abs 1 erster Satz)	407
bb) Verpflichtung zur Sachverhaltsklärung „im Ermittlungsverfahren“ (§ 2 Abs 1)	408
cc) Beginn von Ermittlungsverfahren als „Strafverfahren“	408
5. Fazit	409
Stichwortverzeichnis	411